

## Ein landesweites Semesterticket? Gute Idee, aber...!

Am 11.01 hat der AStA der Uni Bremen eine Umfrage zur Einführung eines neuen Semestertickets veröffentlicht. So soll entschieden werden, ob sich die Uni Bremen an diesem Modell beteiligt.

Auch wir von der hochschulpolitischen Liste »AStA für Alle« (AfA) unterstützen prinzipiell eine größere Reichweite des Semesterticket. Nichtsdestotrotz sehen wir einige kritische Punkte an der Art und Weise, wie dieses Projekt durch den AStA vorangetrieben wurde, die wir nicht unerwähnt lassen wollen. Zum einen ist das Vorgehen des AStA bedenklich, stellt er doch uns Studierende vor die Wahl, entweder mehr zu zahlen oder ein drastisches Zusammenstreichen des Gültigkeitsbereichs im Semesterticket in Kauf zu nehmen. Außerdem stellen wir in diesem Zusammenhang eine mangelnde Transparenz des AStAs fest. So hätten der Studierendenrat und die Studierendenschaft viel früher über den Stand der Verhandlungen informiert werden müssen, um ihre Anregungen und Kritik einzubeziehen.

Die größten Bedenken im Bezug auf das neue Semesterticket haben wir bei den Kosten. Eine Erhöhung um 28€ mag mit Blick auf die vergrößerte Reichweite des Semestertickets für viele durchaus akzeptabel sein. Doch würde sich dadurch der Semesterbeitrag für Studierende im Wintersemester 2018/2019 auf 361€ erhöhen, was einer Mehrbelastung der Studierenden i.H.v. 40€ entspricht (im Vergleich zum Vorjahr). Diese Steigerung ist zwar zum großen Teil auf die Erhöhung der Semestergebühren der Uni zurückzuführen. Dennoch sollte angesichts dieser Entwicklung die Kostensteigerung des Semestertickets kritisch betrachten, kann doch schon diese Summe für einige Studierende ein Hindernis darstellen.

AfA tritt für eine Uni ein, an der junge Menschen unabhängig ihrer finanziellen Situation studieren können. Wir finden, dass ein Semesterbeitrag in Höhe von 361€ diesem Ziel entgegenwirkt und deutlich zu hoch ist.

### Eine Uni für Alle. Geht nur mit AStA für Alle.

Seit fast 30 Jahren setzen sich Studierende an der Uni Bremen bei AStA für Alle (AfA) für eure Belange ein. Gemeinsam kämpfen wir für echte Chancengleichheit, gute Studienbedingungen und einen lebenswerteren Campus. Wir wollen, dass alle – ob aus reichem oder armem Elternhaus – den gleichen Zugang zu Bildung haben. Das bedeutet: keine Studiengebühren, angemessenes BAföG statt Elite-Stipendien und freien Zugang zu Bachelor und Master. Wir wollen ein solidarisches Miteinander auf einem Campus, auf dem man sich gern aufhält. Das bedeutet: Gute Betreuung durch die Profs, studierendenfreundliche Öffnungszeiten von Mensa und Bibliotheken und weg mit dem ewigem Grau an der Uni – und mit Braun erst recht! Dafür kämpfen wir: im Akademischen Senat, in den Stugen und als stärkste Fraktion im Studierendenrat.

Jetzt mitmachen! Streite mit uns für bessere Studienbedingungen sowie für eine offene und solidarische Uni!

[asta-fuer-alle.info](http://asta-fuer-alle.info)  
[info@asta-fuer-alle.info](mailto:info@asta-fuer-alle.info)  
[facebook.com/astafueralle](https://www.facebook.com/astafueralle)

### Engagier dich bei AStA für Alle!

**Unser nächstes Listentreffen  
findet am 25. Januar um 20 Uhr  
im Hart Backbord  
(Vegeacker Str. 60) statt.**

**Egal, ob du neu an der Uni bist oder dich schon immer mal hochschulpolitisch einbringen wolltest – neue Mitstreiter\*innen sind bei uns jederzeit herzlich willkommen!  
Schau doch mal vorbei!**

# AfA

*asta für alle!*

# AfA

*asta für alle!*

# Caféten-Kurier

**Aktuelles von AStA für Alle (AfA),  
der linken Bündnisliste an der Uni Bremen**

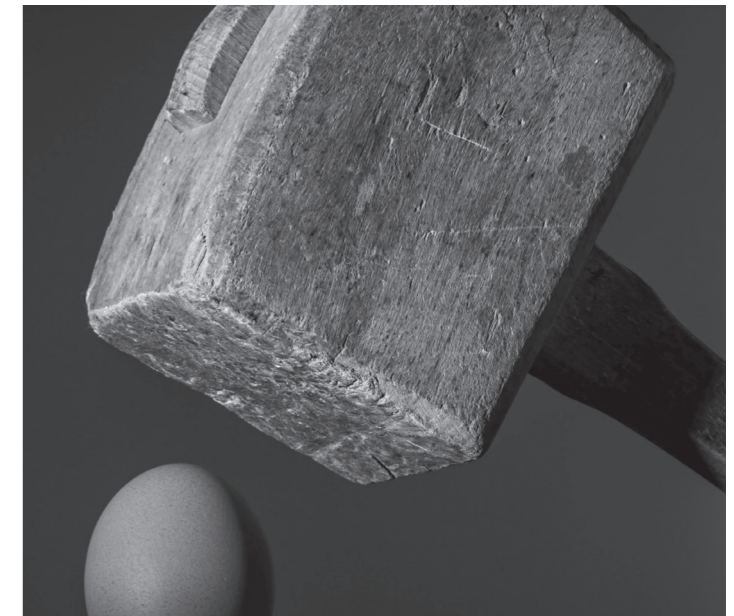
**Ausgabe 1/2018, 17.01.2018**

## Bessere Behandlung von HiWis? Für den AStA ein Kuckucksei!

In der Sitzung des SR am 12. Dezember behandelte der Studierendenrat zum zweiten Mal unseren Antrag, mit dem wir den AStA auffordern, sich für einen Tarifvertrag insbesondere für die HiWis der Uni Bremen einzusetzen. Vorbild ist hier Berlin, wo die Studierenden es einst mit Hilfe der Gewerkschaften schafften, einen Lohn von mehr als elf Euro pro Stunde und weitere Verbesserungen wie die Sicherheit der Beschäftigung auszuhandeln. In vielen Bereichen der Uni ist die Arbeit der studentischen Hilfskräfte ein Grundpfeiler für Forschung und Lehre, der Mindestlohn stellt dagegen in keinster Weise eine angemessene Entlohnung für die Bedeutung dieser Arbeiten dar. Gerade weil sich auch andere studentische wie nicht-studentische Gremien der Universität derzeit mit dem Thema beschäftigen, wäre der Zeitpunkt für eine Tätigkeit des AStA so günstig wie nie.

Unser erster Versuch, mit diesem Antrag im höchsten beschlussfähigen Organ der Studierendenschaft bessere Bedingungen für unsere HiWis in die Wege zu leiten, startete in der SR-Sitzung im November. Dort wurde der Antrag mit dem Argument abgeschmettert und vertagt, dass der AStA keine derartige Kampagne unterstützen könne, da er selber seinen Angestellten weniger als elf Euro pro Stunde bezahlen würde. Anstatt beide Probleme gleichzeitig zu beheben, begnügt man sich erst einmal damit, gar nichts zu machen. Ergebnisse über die Möglichkeiten, seinen Angestellten einen fairen Lohn zu bezahlen, seien erst im Februar zu erwarten.

Nachdem die AStA-Koalition unseren Antrag im Dezember durch einen Änderungsantrag, der den AStA aus jeglicher Verantwortung zieht und das Problem auf den Akademischen Senat verschiebt, verschandelt, stimmten sie noch nicht einmal ihrer veränderten Version zu. In der Diskussion wurde deutlich, was der AStA von diesem Antrag und damit auch vom Thema insgesamt hält. So wurde das Anliegen



dreist als »Kuckucksei« bezeichnet, das wir versuchen würden, den AStA in durch und durch böser Absicht unterzuschieben. Dieser Kommentar alleine fasst die Einstellung des AStAs gegenüber den Angelegenheiten der arbeitenden Studierenden treffend zusammen. Anstatt konkrete Positionen zu beziehen, zieht man sich lieber in die gemütliche Atmosphäre eines »Arbeitskreises« zurück, der praktischerweise so informell ist, dass niemand erwartet, dass dort Ergebnisse produziert werden.

Der AStA hat wieder einmal gezeigt, dass er nicht daran interessiert ist, politische Arbeit zu betreiben, von der alle Studierende profitieren können. Lieber möchte er seine gegenwärtige Klientelpolitik weiter betreiben und sich nicht Dingen zuwenden, von denen auch Studierende profitieren, die sich nicht im AStA-Dunstkreis bewegen. Vielmehr werden die Angelegenheiten der arbeitenden Studierenden als Belastung angesehen und nicht ernst genommen.

Wir von AfA werden auf jeden Fall weiter für das »Kuckucksei« »Tarifvertrag für HiWis« kämpfen, wenn nun auch ohne den AStA.

## Die Bremer Zivilklausel: Ein stumpfes Schwert gegen die Militarisierung?

Der Streit um militärisch nutzbare Forschung war in den letzten Jahren immer wieder Streitthema in der Bremer Hochschullandschaft. Die Stiftungsprofessur des an Rüstungsprojekten beteiligten Satellitenherstellers OHB, Forschungsaufträge des Pentagons oder zuletzt die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Hochschule Bremen im Rahmen eines Frauen\*-Studiengangs Informatik – immer wieder gibt es Fälle, die Protest nach sich ziehen und eine gewisse Verflechtung zwischen Hochschulen und dem »militärisch-industriellen Komplex« offenbaren.

Dabei war gerade die Universität Bremen eine Vorreiterin bei der Eindämmung einer Militarisierung des Hochschulwesens. Sie gab sich bereits 1986 eine sog. Zivilklausel, zu diesem Zeitpunkt noch eine Selbstverpflichtung, die Wissenschaft und Forschung dazu anhält, »ausschließlich friedliche Zwecke« zu verfolgen. Seit 2015 wurde diese Leitlinie auch in das Bremer Hochschulgesetz aufgenommen, wo sie weit mehr als nur den Charakter einer Selbstverpflichtung entfalten sollte.

Denn ob ein Zweck friedlich ist, scheint immer noch einen großen Interpretationsspielraum zuzulassen: So sind auch Rüstungsunternehmen wie Atlas und Airbus als Kooperationspartner\*innen an den Bremer Hochschulen vertreten, etwa im Rahmen von dualen Studiengängen. Wenngleich die sog. *Dual Use*-Problematik es zuweilen schwer macht, gerade bei Grundlagenforschung oder -ausbildung genau

zu differenzieren, ob sich Ergebnisse ausschließlich im Sinne der Zivilklausel nutzen lassen – es sollte klar sein, dass sich die Ziele und Interessen bestimmter Akteur\*innen auch in den von ihnen mitfinanzierten Forschungsvorhaben widerspiegeln dürften. Die chronische Unterfinanzierung von Uni und Hochschule tragen selbstverständlich nicht dazu bei, die Abhängigkeit von solchen privaten Drittmitteln zu verringern. Deutlich wird jedenfalls, dass das Thema Militarisierung von Hochschulen ein vielschichtiger Themenkomplex ist, über den aus verschiedensten Perspektiven durchaus leidenschaftlich debattiert werden kann.

Deshalb möchten wir mit euch und mit kompetenten Gästen gemeinsam über das Thema diskutieren! **Ralf Streibl** war im Protest gegen die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Hochschule direkt beteiligt. Das langjährige Mitglied des »Forums InformatikerInnen für den Frieden« (FIFF) legte seine dortige Lehrtätigkeit im Rahmen des Frauen\*-Studiengangs Informatik nieder, um ein Zeichen gegen diese Form der Kooperation zu setzen. Wir haben darüber hinaus u.a. **Sören Böhrnsen** eingeladen, der sich als Friedensaktivist und Jurist erfolgreich für die gesetzlich verankerte Zivilklausel eingesetzt hat. Die Veranstaltung wird am **1. Februar 2018 um 17 Uhr** stattfinden, der Raum wird noch gesondert bekanntgegeben – *save the date!*

## Barrierefreiheit – Zeit für ein Autonomes Referat?

Auf Grundlage eines Beschlusses des Studierendenrates (SR) plant der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) zur Zeit die Einrichtung eines Autonomen Referats für Barrierefreiheit. Das klingt erst einmal sehr gut! Denn wer kann schon gegen mehr Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Beeinträchtigung sein?

Im Folgenden wollen wir uns mal etwas detaillierter mit der Idee auseinandersetzen.

Zunächst einmal, was ist eigentlich ein Autonomes Referat? Dafür muss man sie erst einmal die Strukturen der Verfassten Studierendenschaft genauer anschauen. Alle Studierenden wählen einmal jährlich den SR und dieser wiederum quasi als Regierung den AStA. Neben den gewählten Personen und Referaten

(vergleichbar mit Ministerien in der »richtigen« Politik) gibt es auch die sogenannten Autonomen Referate (AR). Diese haben weniger mit Steine-Schmeißen zu tun als vielmehr mit einer Unabhängigkeit von den anderen Strukturen des AStA und der verfassten Studierendenschaft.

Apropos unabhängig, wenn der SR und der AStA keinen Einfluss auf die ARs haben, wie setzen sich diese dann eigentlich zusammen? Das geht wie folgt: Zunächst wird für die ARs jeweils eine Gruppe von Menschen bestimmt, deren Interesse das AR dann vertreten soll. Auf Versammlungen dieser Gruppen wird dann das Personal gewählt. Beispiel gefällig? Das Autonome Feministische Referat (FemRef) soll alle Frauen\* im erweiterten Sinne vertreten. Dieser

Personenkreis ist regelmäßig zu Frauen\*-Vollversammlungen aufgerufen, (dass daran dann immer nur ein Bruchteil der Berechtigten teilnimmt, beiseite gelassen) welche dann die Besetzung und Arbeit des FemRef wählt und kontrollieren soll.

Und an dieser Stelle gibt es bereit einen dicken Haken beim Barrierefreiheits-Referat. Der Kreis der Stimmberechtigten ist beim FemRef relativ klar. Es ist nicht ohne weiteres möglich, sich als eine Person eines anderen Geschlechts auszugeben. Aber wer will schon kontrollieren wer eine Krankheit oder Behinderung hat und sind dabei nicht in vielen Fällen die Grenzen zur Gesamtgesellschaft auch fließend? Schwierige Abgrenzung.

Damit die ARs trotz ihrer Unabhängigkeit arbeiten können, steht ihnen ein fester Betrag von den Studi-Beiträgen zu (fünf Prozent des jährlichen Haushalts je AR), welchen der AStA verpflichtend an die ARs weiterreicht. Diese Haushaltsposten können auch nicht ohne Weiteres gestrichen oder verändert werden. Hierfür bedarf es einer »Verfassungs-« beziehungsweise Satzungsänderung. Das neue AR für Barrierefreiheit wäre also finanziell unabhängig und damit sein Bestehen gesichert, unabhängig davon wer gerade im AStA sitzt oder wer die Mehrheit bei den SR-Wahlen errungen hat.

Damit kommen wir zum zweiten Problem: Wenn es ein festes Budget von fünf Prozent des Jahreshaushalts gibt, dann stellt sich unweigerlich die Frage, was mit diesem Geld zu tun ist. Mehrmals wurde die Forderung laut, dass das Referat damit ja bauliche

Änderungen vornehmen und fördern könnte. Oder damit etwa Gebärdendolmetscher bezahlen könnte, um strukturelle Barrieren abzubauen. Dadurch würde aber nur Geld von Studis zur Staats-/Uni-Kasse umverteilt. Für eine barrierefreie Ausgestaltung ist unserer Ansicht nach die Uni zu ständig und wir dürfen das Rektorat hier nicht aus der Pflicht lassen.

Ein weiteres Problem an dieser Stelle ist für uns, dass hier ziemlich sicher die bisherigen Personen des Barrierefreiheits-Referats des AStAs das Personal stellen würden. Hier könnte schnell der Verdacht aufkommen, dass eigentlich nur Versorgungsplätze für ehemalige Referent\*innen bzw. Referatsmitglieder geschaffen werden sollen. Wir finden, dass hat ein starkes Geschmäcke, ganz unabhängig davon, was wir von der Arbeit dieses Referats halten.

Wir plädieren deshalb anstelle eines Autonomen Referates für Barrierefreiheit dafür, dass ein ständiges »reguläres« Referat oder eine als verpflichtend zu wählende Beauftragung eingerichtet wird, die sicherstellt, dass die Arbeit des AStA das Thema Barrierefreiheit berücksichtigt. Damit schafft man demokratische Kontrolle und Transparenz und umgeht die oben skizzierten Probleme. Und ganz ehrlich: Wer könnte da schon was dagegen haben? Der aktuelle AStA vielleicht?

## Strategiepapier der Universität: AStA ohne Strategie und Interesse

Die letzten Sitzungen des Akademischen Senats hatten hauptsächlich den Zweck, das Strategiepapier der Uni zu bearbeiten. Das Papier soll den Kurs der Uni auf die nächsten Jahre bestimmen und natürlich auch ordentlich Werbung für die paradiesischen Zustände in Bremen machen. Eine sehr wichtige Sache also.

Anscheinend ist der AStA anderer Meinung, denn dieser scheint nicht erkannt zu haben, wie wichtig das Strategiepapier für die Zukunft ist oder hat keine Lust, sich in diesem Bereich zu engagieren. Dies hat sich in schlimmster Weise in der Sitzung gezeigt, in der das Strategiepapier schlussendlich beschlossen wurde. Von drei Sitzen hat der AStA nur einen wahrgenommen und nicht einmal ein Vorstandmitglied war anwesend.

Es stellt sich die Frage, ob der AStA überhaupt Interesse an der Hochschulpolitik hat. Während der Akademische Senat über die Zukunft der Uni berät, bleibt der AStA anscheinend lieber im Bett und schläft aus. Wahrscheinlich wäre aber auch niemand aufgetaucht, wenn der Akademische Senat zu einer angenehmeren Uhrzeit tagen würde.

Auch außerhalb des Akademischen Senats hat der AStA wenig zum Strategiepapier zu sagen gehabt. Es wurde sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, eine Rundmail an die Studierenden zu verschicken.

Der AStA hat damit wieder einmal bewiesen, dass er absolut unfähig ist, sich für die Interessen der Studierenden einzusetzen.